**Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg**

SPD

01.09.2013

Nr. 32

Inhalt:

Bericht vom SPD-Kreisparteitag S. 01
Kritik an Sozialen Betrieben S. 02
Nominierung von Peter Raske als Landtagskandidat S. 03
Rede zur Kandidatur S. 04
SPD-Papenburg diskutiert Wahltaktik S. 08

---

## MÄRZ 1997

Kreis Emsland — Ems-Zeitung — Montag, 17. März 1997

# „Mit den Arbeitslosen auf die Straße gehen“

### SPD-Kreisparteitag in Spelle - Stief-Kreihe im Amt bestätigt

Von Thomas Pertz

**Spelle**

**Was muß das für ein Gefühl sein – arbeiten zu wollen, aber nicht zu dürfen, „draußen“ zu stehen, während sich „drinnen“ die ständig geringer werdende Zahl der Arbeitsplatzbesitzer an einem Selbstwertgefühl erfreut, das immer mehr Jobsuchenden längst verlorengegangen ist? Diesem Gefühl auf der Spur war der SPD-Kreisparteitag am vergangenen Samstag in Spelle, der mit großem Ernst und Engagement „Wege aus der Arbeitslosigkeit“ diskutierte.**

Mit dieser Form des Parteitages – weg von langatmig vorgetragenen Berichten einzelner SPD-Gruppierungen und hinein ins wirkliche Leben – hatten die emsländischen Sozialdemokraten Neuland betreten. Das Experiment gelang, wie der Verlauf des Parteitages im Saal Segers zeigte.

Dies lag nicht zuletzt an der Auswahl der Teilnehmer in der Podiumsdiskussion, die jeder auf seine Weise das Thema beleuchteten: Willi Arens, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Dr. Franz Ludwig Herrmann, Geschäftsführer der Röchling KG Haren, Sabine Kettler, Leiterin des Lingener Arbeitsamtes, Pastor Gerrit Weusthoff aus Papenburg, Seele des Sozialen Ökohofs St. Josef, und Christa Kröger von der Arbeitsloseninitiative in der Kanalstadt. Vor allem der hemdsärmelige Pastor aus Papenburg, der sein Herz auf der Zunge trägt, und der gar nicht so ins gängige Klischeebild eines kühl-distanzierten Managers passende Chef der Röchling KG drückten dem Parteitag ihren Stempel auf.

Die Zahlen sind erschreckend: 22,1 Prozent in Sögel, 18,4 in Papenburg, 14,5 in Meppen, 12,7 im Altkreis Lingen: Auch im Emsland stehen viele tausend Menschen vor der Tür, und nicht nur sie haben Angst. „Selbst diejenigen in der Region, die noch einen Arbeitsplatz haben, drückt die Sorge, ‚aussortiert‘ und ‚abserviert‘ zu werden“, betonte Sabine Kettler. Die Perspektiven für Menschen, die noch 20 oder 30 Jahre lang arbeiten müßten, würden auch hierzulande immer schlechter, sagte sie.

Als „lebensbedrohliche Krankheit“ bezeichnete Dr. Herrmann die Arbeitslosigkeit für den Betroffenen, denn gerade das Gefühl, gebraucht zu werden, sei von zentraler Bedeutung für jeden. Eine Lösung könne letztlich nur durch Teilen erreicht werden: „Wenn wir alle auf unseren Besitzständen sitzenbleiben, mich eingeschlossen, wird es keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit geben.“

Das hat dann auch etwas mit Solidarität zu tun, ein Begriff, der auf dem Parteitag häufig fiel, und den vor allem Pastor Weusthoff mit Leben füllte. „Solidarität heißt, das im Mittelpunkt aller Diskussionen der Mensch stehen muß“, klang es aus dem Mund des Geistlichen eigentlich ganz einfach. Es könne nur der zufrieden sein und glücklich, der auch die Chance bekomme, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Weusthoff appellierte an die Wirtschaft, insbesondere Ausbildungsplätze zu schaffen, um gerade die jungen Leute nicht in die Perspektivlosigkeit zu entlassen.

Dort sind allerdings viele bereits angekommen, nicht nur die jungen, auch ältere Arbeitnehmer, deren großer Erfahrungsschatz nun plötzlich nicht mehr gefragt sein soll. Doch wo sind sie? Nur in den Karteibeständen der Arbeitsämter? Viele trauten sich nicht, ihre Probleme offen auszusprechen, erläuterte Christa Kröger von der Arbeitsloseninitiative Papenburg. Die SPD müsse diesen Arbeitslosen das Rückgrat stärken, forderte Wolfgang Opitz, Ortsvereinsvorsitzender in Haselünne. Solange die Arbeitslosen schwiegen, würden sie lediglich als finanzielles Problem wahrgenommen, nicht als menschliches. „Die Betroffenen müssen deshalb auf die Straße gehen, so wie die Bergleute letzte Woche, und wir gehen mit ihnen“, forderte Opitz dazu auf, die menschliche Tragödie Arbeitslosigkeit nicht mehr als bloße statistische Größe kenntlich zu machen.

Einstimmig verabschiedeten die Genossen denn auch einen Leitantrag, in dem sie neue Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit fordern und gleichzeitig die Bundesregierung für das Desaster auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich machen. Auch verschiedene andere Anträge enthielten die zentralen Anliegen, über einen Wechsel der politischen Mehrheiten in Bonn der Beschäftigungspolitik neue Impulse zu verleihen.

DIE NEUE VORSTANDSSPITZE der SPD im Kreis Emsland: Vorsitzende Karin Stief-Kreihe mit ihren Stellvertretern Peter Raske (links) und Reinhold Hoffmann (rechts) Foto: pe

An Bewährtem dagegen wollte der SPD-Kreisparteitag festhalten, warum auch nicht? Mit großer Mehrheit wurde Karin Stief-Kreihe für zwei weitere Jahre als Vorsitzende der emsländischen Sozialdemokraten wiedergewählt. Sie erhielt 95 Jastimmen, sieben Delegierte votierten gegen sie. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde ihr Stellvertreter Peter Raske aus Papenburg, der 91 Jastimmen erhielt sowie neun Neinstimmen bei einer Enthaltung. Newcomer an der Vorstandsspitze, wenn auch kein Unbekannter, ist Reinhold Hoffmann aus Lingen-Baccum, der als weiterer Stellvertreter Stief-Kreihes neu ins Amt gewählt wurde. Hoffmanns Vorgänger war Michael Fuest, der im vergangenen Jahr aus der Partei ausgetreten und zu Bündnis 90/Die Grünen übergewechselt war. Hoffmann erhielt 93 Jastimmen, vier Delegierte votierten mit nein, vier enthielten sich.

In weiteren Wahlgängen wurden unter anderem die Beisitzer/innen des neuen Kreisvorstandes benannt. Bitter war hier die Niederlage von Anne Lene Thies vom Ortsverein Geeste, die ihre Tränen bei der Bekanntgabe der Stimmenergebnisse nicht zurückhalten konnte. Die Lingenerin Gerda Siebert legte spontan den Arm um ihre Schultern – auch ein Beispiel für praktizierte Solidarität auf diesem Parteitag.

**SPD-Kreisparteitag in Spelle wählte neuen Vorstand**

In Spelle trafen sich am Samstag 102 Delegierte der SPD im Kreis Emsland zu ihrem Kreisparteitag. Im Mittelpunkt stand eine Podiumsdiskussion über „Wege aus der Arbeitslosigkeit“. Bei den Vorstandswahlen wurde die Vorsitzende Karin Stief-Kreihe (vierte von rechts) mit großer Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Peter Raske (vierter von links) aus Papenburg und der Lingener Reinhold Hoffmann (fünfter von links). Das Bild zeigt den neuen Vorstand (siehe auch den Bericht auf Emsland). Foto: Pertz

Ems-Zeitung 18.03.1997

APRIL 1997

EZ 26.4.97

# Haug: Arbeitsplätze im Handwerk sind in Gefahr

## Kritik an sozialen Betrieben - „Unfairer Wettbewerb"

**Osnabrück/Emsland Vor einer Gefährdung von Arbeitsplätzen in Handwerksbetrieben durch die inzwischen mehr als 80 sozialen Betriebe und andere auf die Einrichtung eines zweiten Arbeitsmarktes zielende Beschäftigungsgesellschaften hat der Präsident der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland, Klaus Haug, gewarnt.**

„Es ist ein unfairer Wettbewerb, wenn reguläre Handwerksbetriebe, die keinerlei Zuwendungen erhalten, bei Ausschreibungen von sozialen Betrieben, die mit öffentlichen Mitteln kalkulieren können, unterboten werden", sagte der Kammerpräsident.

Kritik übte er vor allem an den jüngsten Äußerungen des niedersächsischen Sozialministers Wolf Weber. Danach sei mit den sozialen Betrieben gar nicht die Absicht verbunden, Langzeitarbeitslose für neue Arbeitsplätze zu qualifizieren. Mit den in Niedersachsen insgesamt dafür zur Verfügung stehenden 27 Millionen DM werde lediglich für Beschäftigung gesorgt.

„Wenn die Zuschüsse geringer werden oder später entfallen, gehen auch soziale Betriebe in Konkurs", gab der Kammerpräsident zu bedenken. Er verwies auf Beispiele in Quakenbrück, wo insgesamt 2,5 Millionen DM verlorengegangen seien, und in Papenburg. „Allein die sechs Millionen DM, die das dortige Arbeitsamt zurückfordert, würden reichen, um zwei Jahre lang die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung kostenfrei für alle Betriebe im Kammerbezirk durchzuführen", rechnete der Kammerpräsident vor.

Es sei nicht hinzunehmen, so Haug, daß Handwerker mit ihren auf regulären Arbeitsplätzen erwirtschafteten Beitrags- und Abgabenleistungen die Bezuschussung von Unternehmen ermöglichten, die sie dann als Verdrängungswettbewerber den eigenen Job kosteten.

EZ 28.4.97

# „Polemik nicht zu verstehen"

## SPD widerspricht Kritik von Kammerpräsident Klaus Haug

**Papenburg Die SPD im Emsland hat sich gegen die Kritik des Präsidenten der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland, Klaus Haug, an sozialen Betrieben und Beschäftigungsprojekten gewendet. Peter Raske aus Papenburg, sozialpolitischer Sprecher der SPD, bedauerte, daß der Konkurs von sozialen Betrieben Haug veranlaßt, gegen das ganze System des 2. Arbeitsmarkts „zu polemisieren" und die Beschäftigungsprojekte in Frage zu stellen.**

Dieses System sei jedoch in Zusammenarbeit von Arbeitsämtern, Vereinen, Kommunen und Landkreis mühsam aufgebaut worden und habe über Jahrzehnte wertvolle Dienste geleistet. Seit 1990 befänden sich jedoch die Instrumente ABM, „Arbeit und Lernen", Fortbildung und Umschulung im Rückwärtsgang. Um so unverständlicher sei es, daß gerade jetzt neue Vorurteile und Klischees geschürt werden.

Peter Raske weist daraufhin, daß Beschäftigungsprojekte zusätzliche Arbeit organisieren für Personengruppen, die aus dem 1. Arbeitsmarkt entlassen werden, für ältere Arbeitnehmer, für lernbeeinträchtigte Jugendliche, für Behinderte und für gesellschaftliche Randgruppen. Das Vorurteil, der 2. Arbeitsmarkt vernichte Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt sei genauso absurd wie der Vorwurf, Lohnkostenzuschüsse an Firma A gefährde Arbeitsplätze in Firma B. Mit ihren Materialeinkäufen sorgen die Beschäftigungsprojekte sogar noch für eine Steigerung des Umsatzes beim Handel und Handwerk, betonte der SPD-Sprecher.

„Es ist nicht hinzunehmen, daß der Staat eher Untätigkeit mit Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe finanziert statt Arbeit", so Peter Raske. Arbeit sei nach wie vor die Grundlage der sozialen Ordnung der Gesellschaft. Arbeit sei das wichtigste Instrument der Integration in unsere Gesellschaft. „Ausbilden und qualifizieren statt auszugrenzen macht Sinn: sowohl für den einzelnen Menschen, aber auch für die gesamte Gesellschaft, letztendlich auch für den regulären Arbeitsmarkt." Beschäftigungsprojekte seien nicht für die schlechte Lage am Arbeitsmarkt verantwortlich; im Gegenteil: Beschäftigungsprojekte seien dafür da, diese Situation zu überwinden. Die SPD appelliert an alle gesellschaftlichen Kräfte, für eine aktive Arbeitsmarktpolitik einzustehen und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um Arbeitsplätze zu schaffen, sowohl auf dem regulären als auch auf dem 2. Arbeitsmarkt.

MAI 1997

# Peter Raske zieht für SPD in den Landtagswahlkampf

## 47jähriger erhielt gestern 39 von 45 Delegiertenstimmen

**Papenburg (ma) Die Sozialdemokraten haben dem 47jährigen Papenburger Peter Raske nach 1994 gestern abend das zweite Mal das Vertrauen für die Landtagswahl 1998 ausgesprochen. Auf der Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis 90 (Altkreis Aschendorf-Hümmling) wurde er mit einer breiten Mehrheit erneut zum SPD-Landtagskandidaten gewählt. Von den 45 Delegierten stimmten 39 für eine erneute Kandidatur. Vier sprachen sich gegen Raske aus, und zwei enthielten sich der Stimme.**

Zu den ersten Gratulanten zählte seine Vorgängerin, die SPD-Bezirksvorsitzende Inge Lemmermann, die selbst bis 1994 insgesamt 16 Jahre lang als Landtagsabgeordnete den Wahlkreis 90 in Hannover vertreten hatte. Raske hatte bei der Landtagswahl 1994 rund 28 Prozent der Wählergunst einheimsen können. Dieses war ein Zugewinn von über vier Prozent. Dieses Stimmenpotential will er noch weiter ausbauen. Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende und Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt will sich besonders der Arbeitslosen sowie der Kinder und Jugendlichen annehmen.

„Wir brauchen eine neue Solidarität zwischen dem Kapital und den sozial Schwachen", forderte der Diplom-Soziologe und Mitarbeiter der Johannesburg. Die Kluft zwischen Reich und Arm dürfe nicht weiter auseinanderklaffen. Um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen will sich Raske für „soziale Betriebe" einsetzen. „Wir müssen die Probleme anders lösen als dies die Rezepte der radikalen Marktideologen aufzeigen", so der 47jährige. Das Recht auf Arbeit müsse jedem garantiert werden.

Raske rechnete vor, daß jeder Arbeitslose im Durchschnitt jährliche Kosten von 42 000 DM verursacht. Ein Arbeiter im stark subventionierten Kohlebergbau koste sogar 125 000 DM. Dagegen müßten Arbeitnehmer in sozialen Betrieben lediglich mit rund 10 000 DM unterstützt werden, und die Hilfe für den sozialen Betrieb sei sogar noch auf fünf Jahre begrenzt. „Ich kann deshalb auch nicht die Handwerkskammern verstehen, die immer noch gegen soziale Betriebe wettern", so der SPD-Landtagskandidat.

Gleichzeitig appellierte er gerade an die großen Konzerne, wieder stärker auszubilden. „Es gibt einen dramatischen Lehrstellenmangel mit 186 000 fehlenden Plätzen in Deutschland", so der Sozialdemokrat. Den Jugendlichen fehlten die Perspektiven. Bereits heute seien 50 000 Heranwachsene arbeitslos. Fast 500 000 Jugendliche stünden ohne Arbeit dar. Raske plädierte dafür, gerade behinderte Kinder stärker an die Schulen zu integrieren.

Zudem will sich der Landtagskandidat für eine Schulreform einsetzen. Raske will Realschule und Hauptschule zur Sekundarschule zusammenlegen. „Ich trete für eine Reduzierung der Arbeitszeit der Schüler ein", ergänzte er. Hingegen will er die Schulzeit von 13 Jahren beibehalten. Auch das Berufsgrundbildungsjahr sei zwar reformbedürftig, jedoch für das Handwerk unverzichtbar.

ALS ERSTES GRATULIERTE gestern die SPD-Bezirksvorsitzende Inge Lemmermann dem alten und neuen SPD-Landtagskandidaten Peter Raske. Foto: Mammes

Ems-Zeitung 24.05.1997

# Zur Landtagskandidatur in Rhede

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegiertinnen und Delegierten, ich darf Euch ganz herzlich begrüßen.

Liebe Inge, ich freue mich, dass Du die Sitzung leitest.

Ich begrüße auch die Vertreter der Presse.

Ich habe 1994 die höchsten Zugewinne im Bezirk Weser-Ems mit + 4,6 Prozent der Erststimmen erzielt. Bei den Zweitstimmen hatten wir ebenfalls die größten Zuwächse in Höhe von + 4,2 Prozent im Bezirk Weser-Ems. Das hat mich ermutigt, noch einmal anzutreten und ich hoffe, dass 1998 das Ergebnis noch weiter verbessert werden kann.

Viele Delegierte kennen mich aus der politischen Arbeit in der Kreis-SPD. Trotzdem will ich mich allen, die mich noch nicht kennen, kurz vorstellen. Anschließend möchte ich zu einigen politischen Fragen, die mich bewegen, Stellung beziehen.

Ich bin 47 Jahre alt und verheiratet.

Seit 25 Jahren bin ich SPD-Mitglied und bin zur Zeit stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender.

Ich bin langjähriges Mitglied der ÖTV.

Seit 1992 bin ich Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt des Emslandes.

Ich arbeite in der Johannesburg, einem Träger der Jugendhilfe und bin dort im Bereich der beruflichen Bildung verantwortlich für junge Menschen, deren Ausbildung durch die Arbeitsverwaltung gefördert wird, weil sie besondere Lernschwierigkeiten haben und weil sie deshalb keine Lehrstelle finden.

Meine berufliche Entwicklung ist sehr abwechslungsreich und hat mein politisches Engagement mit geprägt.

Nach abgeschlossenem Soziologiestudium habe ich zunächst an der Wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs über Jugendkunstschulen in Nordrhein-Westfalen mitgearbeitet. Anschließend war ich Bildungsreferent für den Landesverband der Jugendkunstschulen in NRW.

Durch meine Frau, die Papenburgerin ist, kam ich 1984 ins Emsland. Durch den Wohnortwechsel habe ich längere Zeit der Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen.

Nach einer Tätigkeit als ABM-Kraft in einem Projekt mit Jugendlichen in der Bewährungs-hilfe, dem Umbau eines Fischkutters zu einem Motorsegler, begann meine Tätigkeit bei der Johannesburg.

Ich habe meinen Werdegang deshalb so ausführlich geschildert, um deutlich zu machen, dass ich dadurch breitgefächerte Kompetenzen und Erfahrungen erhielt, die meine politischen Zielsetzungen geprägt haben und Einfluss auf meine konkrete politische Arbeit haben.

Ich sehe die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit in den Sozialen Fragen, der Jugendarbeit und der Beruflichen Bildung, aber auch der kulturellen Bildung.

Da ich längere Zeit arbeitslos gewesen bin, kann ich auch sehr gut die Probleme, die damit verbunden sind, beurteilen. Darin begründet ist auch mein Eintreten **für die Bildung eines neuen, gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor.**

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, Euch und die Öffentlichkeit mit Überlegungen zu zwei Politikbereichen zu konfrontieren, die dringend einer Lösung bedürfen: die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Verantwortung für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Die Kluft zwischen Reichen und Armen wird in Deutschland immer größer. Die Massenarbeitslosigkeit hat im Februar 1997 mit 4,7 Millionen einen Höchststand erreicht und es ist nicht abzusehen, dass sie in diesem Jahr unter 4 Millionen sinken wird. Im Arbeitsamtsbezirk Leer lag die Arbeitslosenquote im April bei 15,5 Prozent, in Sögel sogar bei 16,1 Prozent.

Wir scheinen widerspruchslos hinzunehmen, dass Millionen Menschen dauerhaft in Armut und sozialer Ausgrenzung leben müssen, während sich andere hemmungslos bereichern.

Einen wirklichen Grund, ihre eigene und die Zukunft Deutschlands in düsteren Farben zu malen, haben nur die fast fünf Millionen Arbeitslosen und diejenigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Doch das lauteste Gejammer über den „Standort Deutschland“ ertönt von den Konzernmanagern, von den Unternehmern und ihren Verbänden - auch von solchen, denen zweistellige Gewinnzuwächse noch nicht genug sind.

Natürlich haben wir Standortprobleme. Wenn Siemens und BMW keine Steuern zahlen, obwohl ihre Bilanzen immer neue Höhen übersteigen. Wenn im dualen System nicht mehr ausgebildet wird, dann haben wir ein Standortproblem. Wenn Fachkräfte mit Vierzig „zu alt“ sind und vor die Tür gesetzt werden, dann ist dies ein Standortproblem. Aber das sind zum geringsten Teil Kosten-probleme sondern zum größeren Teil Probleme des Denkens, der Einstellung, mangelnder Flexibilität und Innovationsbereitschaft bei den Unternehmen, aber auch im staatlichen Bereich.

Wenn diese Probleme nicht gelöst werden, nützt auch die radikalste Senkung der Arbeitskosten nichts.

Einen internationalen Wettlauf um die niedrigsten Arbeitskosten und soziale und ökologische Deregulierung können und müssen wir nicht gewinnen. Letztlich wird es irgendwo immer billiger oder weniger reguliert sein.

Wir müssen die Probleme anders lösen als durch Rezepte radikaler Marktideologen, deren Einfluss in der Bonner Regierung immer noch zuzunehmen scheint.

Wenn wir die Beschäftigungskrise bewältigen wollen, müssen wir uns wieder auf unsere Stärken besinnen. Die liegen in der verantwortungsbewußten Kooperation zwischen den Sozialpartnern, in der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in ihrer Qualifikation und ihrem Vertrauen darauf, am Erfolg der gemeinsamen Arbeit beteiligt zu werden.

Wir müssen für die Zukunft für jeden das Recht auf Arbeit garantieren. Denn in unserer Gesellschaft verwirklichen sich die Menschen in erster Linie durch ihre Arbeit. Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Menschen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass ausreichend menschengerechte Arbeitsplätze geschaffen werden möglichst ohne gesundheitliche Gefährdungen und ökologisch verträglich.

Diese Landesregierung hat für das Emsland bewiesen, dass sie zwischen Wirtschaft und Umwelt einen Ausgleich finden kann und dabei Arbeitsplätze sichert und fördert.

Beispiel hierfür ist die Unterstützung der Meyer-Werft durch die Emsvertiefung und der geplante Bau des Emssperrwerks, aber auch die Ansiedlung der Mercedes-Teststrecke.

Ebenfalls im Hinblick auf die Sicherung und Neubildung von Arbeitsplätzen ist die Landesregierung mit der Förderung Sozialer Betriebe richtungsweisend. Während die Bundesregierung die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit kürzt und damit die Sozialhilfe-kosten für die Kommunen ansteigen lässt, hat die Landesregierung mit ihrem Förderprogramm einen ersten Schritt in Richtung Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt getan.

Jeder Arbeitslose kostete im Jahr 1996 durchschnittlich 22.000 DM. Hierbei werden nur die Transferleistungen berücksichtigt. Rechnet man den Ausfall von Steuern und Sozialbeiträgen in Höhe von 19.400 DM dazu, kostet jeder Arbeitslose durchschnittlich 42.000 DM pro Jahr.

Ein Arbeitsplatz im Sozialen Betrieb wurde 1996 in Höhe von 32.600 DM gefördert. Der Kohlebergbau erhält übrigens jährlich Subventionen für jeden Arbeitsplatz in Höhe von 125.000 DM.

Für jeden Arbeitsplatz im Sozialen Betrieb werden Beiträge für die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 22.300 DM bezahlt. Das heißt, in dieser Höhe ergeben sich Rückflüsse an die öffentlichen Haushalte.

Ein Arbeitsplatz im Sozialen Betrieb kostet die öffentliche Hand somit ca. 10.000 DM und damit weniger als die Hälfte der reinen Transferleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit und weniger als ein Viertel der Gesamtkosten, die ein Arbeitsloser volkswirtschaftlich verursacht.

Hinzu kommt, je länger Soziale Betriebe am Markt aktiv sind, umso höher ist ihre Selbstfinanzierung und nach fünf Jahren müssen sie auf eigenen Füßen stehen.

Ich erhoffe mir für die Zukunft auch noch Programme für den Einstieg in einen neuen, gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor. Den Begriff des „gemeinwirtschaftlichen Sektors“ habe ich von Heide Simonis übernommen, weil er mir besser geeignet erscheint als der Begriff „2. Arbeitsmarkt“. Ich empfehle allen Ihr Buch „Kein Blatt vorm Mund“. Es bietet eine interessante Analyse gegenwärtigen Bundesrepublik verbunden mit überzeugenden Argumenten für eine zukünftig notwendige aktive Arbeitsmarktpolitik.

Es ist absurd, dass wir mehrere Millionen Menschen fürs Nichtstun bezahlen, sie in Abhängigkeit vom Staat bringen, obwohl die Pflege der lokalen Einrichtungen in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht geradezu nach Arbeit schreit. Ein auf die ganze Republik ausgedehnter, gemeinwirtschaftlicher Beschäftigungssektor könnte eine Vielzahl unterschiedlicher Betätigungs-möglichkeiten bieten.

Der Aufbau eines „dritten Sektors“ zwischen Markt und Staat ist mehr und etwas anderes als die bisherige Arbeitsmarktpolitik. Er zielt nicht unbedingt auf eine möglichst schnelle Reintegration in den „ersten“ Arbeitsmarkt, sondern ist der Versuch, das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen für nützliche Tätigkeiten außerhalb des klassischen Erwerbssektors zu mobilisieren.

Es besteht für mich kein Zweifel: Viele Menschen wären dankbar für eine bezahlte Arbeit in einer gemeinnützigen Beschäftigungsinitiative. Die Idee für mehr gemeinwirtschaftliche, gesellschaftliche Arbeit lebt davon, ein breites Spektrum von halb privaten und halb staatlichen Lösungen zuzulassen, mit denen die strikte Trennung zwischen dem marktwirtschaftlichen und staatlichen Sektor überwunden wird.

Warum können z.B. arbeitslose Kfz-Mechaniker nicht den Fuhrpark gemeinnütziger Vereine warten oder warum können arbeitslose Informatiker nicht EDV-Dienstleistungen für Umweltprojekte erbringen, z.B. in Form von Datenbanken für das Internet usw.

Natürlich ist das alles nicht mit der reinen marktwirtschaftlichen Lehre vereinbar. Aber wer bei der Bekämpfung der

Massenarbeitslosigkeit nach ideologisch reinen Lösungen sucht, wird nicht weit kommen.

Wenn es politisch gewollt ist, jährlich mehr als 160 Milliarden Mark zur Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit und ihrer Folgen aufzubringen, dann gibt es keinen Grund, diesen Betrag statt dessen zur Finanzierung gesellschaftlich nützlicher Arbeit in einem neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor zu nutzen.

Statt die Konkurrenz zu beklagen, sollten die Unternehmen und ihre Verbandssprecher ihre Kraft darauf konzentrieren, sich beim Aufbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors zu engagieren. Warum gibt es in Deutschland so wenig Reiche, die ihr Vermögen in Stiftungen zum Wohle der Allgemeinheit einbringen (wie z.B. Henry Nannen, Jan Philipp Reemtsma)?

Der gemeinwirtschaftliche Sektor könnte auch Hilfe zur Arbeit für Behinderte und Benachteiligte sein.

Unsere Gesellschaft wird daran gemessen, was sie für ihre Schwachen leistet.

Wir werden in der Zukunft einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung haben, die körperlich, seelisch oder auch geistig behindert sind. Wir haben die Verpflichtung, für eine Integration der Behinderten zu sorgen.

Natürlich wird jeder die Frage nach der Finanzierbarkeit stellen.

Das wichtigste Finanzierungsinstrument wäre eine ökologische Steuerreform, wie sie die SPD fordert. Aber wenn wir es ernst meinen mit der sozialstaatlichen Verpflichtung unseres Grundgesetzes, können wir den wirklich Reichen nur dort finanzielle Entlastung versprechen, wo sie ihr Geld in produktive Tätigkeit und in die gemeinwirtschaftliche Arbeit fließen lassen.

Wir brauchen eine neue Solidarität zwischen Kapital und Arbeit: Die Reichen müssen neu auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

**Das zweite Politikfeld, das ich ansprechen möchte ist die Politik für die Jugend.**

Wenn wir uns die Situation der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik anschauen, so können wir feststellen:

Die Rahmenbedingungen für die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen haben sich zwar grundsätzlich erweitert und verbessert, gleichzeitig wird diese grundsätzlich offene Situation durch die Folgen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Frage gestellt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung hat die Lebensperspektive weiter Teile der Kinder und Jugendlichen nachhaltig verschlechtert. Jugendpolitik wird häufig nur noch als „Kostenfaktor“ begriffen, der sich an späteren beruflichen Verwertungschancen zu orientieren habe.

Kindheit hat sich für weite Teile der Bevölkerung verändert. Als Folge des gesellschaftlichen Wandels hat sich die Struktur der Familie verändert. Die Zahl der Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen und von Alleinerziehenden hat sich erhöht. Trennungen von Eltern mit Aufnahme neuer Beziehungen durch ein Elternteil haben zugenommen. Immer häufiger bestimmen zerstörte Sozialstrukturen das Bild der Familien. Die davon ausgehenden Störungen und Instabilität im unmittelbaren Lebensumfeld können Ängste und große Schwankungen in der emotionalen und sozialen Stabilität der Kinder hervorrufen.

Jugend dauert heute immer länger. Kinder lösen sich einerseits dank verbesserter Bildung und des intensiven Medieneinflusses früher vom Elternhaus und finden zu eigener Identität. Gleichzeitig verlängert sich das Jugendalter. Phasen der Zusatzausbildung, Warteschleifen und der Arbeitslosigkeit kommen hinzu und verzögern den Eintritt in die Ökonomische Selbständigkeit.

Die Lebenslagen und Zukunftschancen Jugendlicher sind heute sehr unterschiedlich. Die Kluft zwischen Arm und Reich unter Heranwachsenden hat in den letzten Jahren zugenommen:

- Die Ausbildungsplatzkrise spitzt sich zu. Seit 1992 wurden ein Drittel der Aus-bildungsplätze abgebaut, während gleichzeitig die Zahl der Bewerber deut-lich angestiegen ist. Bis Ende April hat sich nach Angaben von Jagoda der Lehrstellenmangel dramatisch vergrößert. Neun Prozent mehr Ausbildungsbewerber als im Vorjahr wurden bei der Bundesanstalt registriert. Minister Rüttgers spricht davon, dass 186.000 Lehrstellen fehlen.
- Jugendlichen ohne Ausbildung - aber auch immer stärker trotz abgeschlossener Ausbildung - droht als Perspektive Arbeitslosigkeit. Schon jetzt sind nahezu eine halbe Million Jugendliche arbeitslos.
- Ca. 1,2 Millionen junger Menschen unter 25 leben von der Sozial-hilfe; jeder 7. Jugendliche lebt in Armut (Kinderschutzbund); ungefähr 50.000 Jugendliche sind obdachlos.
- Der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren Familien wurde seit dem Amtsantritt der Regierung Kohl von 23 Prozent auf 12 Prozent reduziert. Der Anspruch auf das Schülerinnen- und Schüler-BAföG wurde gestrichen und für Studierende gekürzt.

Auf diese Weise werden aus Wertevielfalt und scheinbar offenen Lebensperspektiven Desorientierung der Jugendlichen und Destabilisierung ihrer Persönlichkeit.

Aus individualisierten Lebensstilen erwachsen Vereinzelung und auf individuelle und unsolidarische Verhaltensweisen gegründete Durchsetzungsstrategien. Aus Hoffnungen werden Enttäuschungen bis hin zu Abkehr von der demokratischen

Gesellschaft und vielfach der resignative Rückzug ins Private. Dieser Entwicklung müssen wir entgegen-treten.

Dabei treffen wir auf den Widerspruch der 90er Jahre:

Die Anforderungen an Bildung und Erziehung, Qualifizierung und Ausbildung werden immer differenzierter und anspruchsvoller und die an den Staat gerichteten Erwartungen immer höher. Aber die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel steigen nicht in gleicher Weise.

Klar ist, ohne eine Neufassung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern wird Niedersachsen diese Zwickmühle nicht lösen können.

Trotzdem stehen wir in den nächsten fünf Jahren in der Schul- und Bildungspolitik vor der Aufgabe, bildungspolitische Aufgaben so zu formulieren, dass sie die Reformerwartungen der Kinder und Jugendlichen, der Lehrkräfte, Eltern und pädagogischen Mitarbeiter aufnehmen, sich aber nicht ständig an den Barrieren finanzieller und demographischer Bedingungen verschleißen. An der Art der Aufarbeitung dieser Schwierigkeiten hängt die Glaubwürdigkeit der politischen Aussagen.

Es gleicht einer Quadratur des Kreises, in den nächsten 5 Jahren die Sicherung der Unterrichtsversorgung zu gewährleisten und gleichzeitig die rechtlichen Spielräume für die pädagogische Weiterentwicklung der Schulen zu schaffen.

Besonders am Herzen liegt mir die Integration behinderter Kinder.

Bei der Integration behinderter Kinder in die Schule hat die Landesregierung die Voraussetzungen geschaffen. Jetzt sind die Schulträger gefragt.

Angepackt werden muss eine Reform der Haupt- und Realschule. Hier könnte durch eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zur Sekundarschule ein integriertes System geschaffen werden, dass für viele Kommunen im Emsland interessant ist.

**Reduzierung der Arbeitszeit für Schüler**

Sorgen wird uns für die Zukunft die Lehrer-versorgung bereiten. Nicht allein aus diesem Grund, sondern auch weil unsere Kinder kaum noch Zeit für sich haben, sollte über die Lehrpläne nachgedacht werden, um zu überprüfen, ob die Schüler tatsächlich so viele Unterrichtsstunden brauchen.

**Beibehaltung des BGJ**

Unsere Landesregierung hat zwar den Ausstieg aus dem BGJ möglich gemacht. Ich bin ein Verfechter des BGJ. Gerade für die Aus-bildung im Handwerk ist es ein unverzichtbarer Bestandteil der dualen Ausbildung. Deshalb bin ich der Auffassung, dies sollte noch einmal überdacht werden. Vielleicht ist eine Umgestaltung des BGJ notwendig.

Jugendpolitik muss für die Jugendarbeit wieder Anstöße geben, Richtungen zeigen und zu einem Chancenausgleich beitragen. Dazu gehört:

- In der Jugendarbeit müssen verstärkt örtliche Verbundsysteme der Jugendhilfe zur Verbesserung der Lebenswelt geschaffen werden.
- Das bestehende Angebot an Beratungseinrichtungen muss kinder- und jugendgemäßer ausgestattet werden.
- Alternative Formen des Jugend-wohnens, Projekte gemeinsamen Wohnens und Arbeitens sind als geeignete Maßnahmen, Jugendliche zu integrieren weiter zu entwickeln.
- Präventionsangebote müssen intensiviert werden. Nicht Strafe, sondern Vorsorge und differenzierte Angebote der Hilfe und Beratung werden benötigt.
- Das Programm der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit (Förderung von Jugendwerkstätten) muss beibehalten und ergänzt werden durch Berufsvorbereitung unter Jugendhilfeaspekten.
- Neue Formen der Schulsozialarbeit bzw. schulbezogenen Jugendsozialarbeit sind zu entwickeln.
- Im zentralen Blickfeld der Jugendpolitik der nächsten Jahre muss die Berufsausbildung stehen.

Im Bereich der beruflichen Bildung ist die Schere zwischen der steigenden Zahl von Jugendlichen und der sinkenden Zahl von Ausbildungsplätzen die größte Herausforderung an die Politik der Sozialdemokratie. Minister Rüttgers geht davon aus, dass 186.000 Lehrstellen fehlen.

Unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Lebensperspektive der Jugend ist es, dass ihnen ausreichende qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Die Wirtschaft darf dabei aus ihrer Verpflichtung, ausreichende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht entlassen werden.

Das duale System der Berufsausbildung droht in eine „Zange“ zu geraten. Zum einen wächst der demographische Druck:

- Bis zum Jahre 2005 nehmen die Schulabgängerzahlen um rund 30 Prozent zu.
- Zum anderen ist in den alten Bundesländern im Zeitraum 1990 bis 1995 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um rund ein Fünftel zurückgegangen.

Über die Jahrtausendwende hinweg ist aus konjunkturellen, strukturellen sowie demographischen Gründen mit einer angespannten Ausbildungsplatzsituation zu rechnen. Allein in Niedersachsen ist im Jahre 2005 gegenüber 1995 mit einem Mehrbedarf von 12.000 Ausbildungsplätzen zu rechnen.

Ein Gegensteuern kann einerseits nur in einer qualitativen Weiterentwicklung des dualen Systems liegen, andererseits muss aber auch eine Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden in Erwägung gezogen werden.

Zum Schluss möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf die Hochschulbildung eingehen.

Gegenwärtig erhält in Deutschland mehr als ein Drittel der jungen Generation ihre Berufsausbildung an einer Hochschule. Im Vergleich zu anderen Industrienationen nimmt Deutschland dabei keineswegs eine Sonderstellung und auch keine Spitzenposition ein.

Aufgrund des gegenwärtigen Strukturwandels liegt der zukunftgerichtete Beitrag eines Bundeslandes zu einer aktiven Arbeitsmarkt-politik ganz besonders darin, die zukünftige Generation zu qualifizieren. Die Zahl der Studienanfänger wird daher nicht zurückgehen, sondern eher steigen.

Die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens wird von der Qualität seiner Hochschulen und Forschungsinstitutionen sowie deren erfolgreichem Zusammenwirken mit den vorhandenen Wirtschaftsstrukturen abhängen. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, trotz der Krise der Staats-finanzen das Hoch- und Fachhochschulsystem und die Forschungseinrichtungen zu stabilisieren.

Dabei darf die Ausbildungsförderung für Studenten nicht vergessen werden. Die ursprüngliche Zielsetzung des BAföG, die Bildungsbeteiligung von Studierenden aus niedrigen Einkommensklassen deutlich zu erhöhen muss wieder eine stärkere Berücksichtigung finden.

Die gemeinsame Entschließung des Rates der evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ hat als eine zentrale Aussage: „Der Sozialstaat dient dem sozialen Ausgleich. Darum belastet er die Stärkeren zugunsten der Schwächeren.“

Mit der dort vertretenen Forderung, „die Solidarität der Gesellschaft zu stärken“, will ich schließen. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich nur dir mir gegenwärtig wichtigen Politikfeldern gestreift habe. Aber es hat glaube ich auch wenig Sinn, wenn ich noch ausführlicher auf grundsätzliche Fragen eingegangen wäre.

Zum Abschluss möchte ich feststellen: Wir haben 1990 mit dem Regierungswechsel in Hannover einiges auf den Weg gebracht, das es gilt selbst in finanziell schwierigen Zeiten zu erhalten und wo es geht auch weiter fortzuführen bzw. weiter auszubauen.

Wir können meiner Meinung nach 1994 beruhigt vor den Wähler treten und ihm sagen: **"Es lohnt sich SPD zu wählen."**

# „Den nächsten Wahlkampf aggressiver angehen“

## SPD Papenburg diskutierte über Themen und Taktik

**Papenburg (sr) Präsenz auf der Emslandschau, Infostände in der Stadtmitte und eine Schiffsfahrt von Salzbergen nach Papenburg, der SPD-Ortsverein hat sich eine Menge vorgenommen. Während der Mitgliederversammlung am Montagabend befaßten sich die Genossen mit dem Programm, das sie im Vorfeld der Landtagswahl im Frühjahr 1998 auf die Beine stellen wollen. Bei der Diskussion um die Inhalte des Wahlkampfes waren sich die Mitglieder nicht immer einig.**

Ortsvereinsvorsitzender Bernhard Bloem verdeutlichte zu Beginn der Beratung: „Den nächsten Wahlkampf müssen wir aggressiver und qualifizierter angehen.“ Die Kommunalwahlen hätten gezeigt, daß es sich nicht auszahle, sich brav zurückzuhalten, während andere „im Dreck wühlten“. Schon im Vorfeld des Wahlkampfes müßten die Genossen sich gut informieren und Argumente sammeln.

Als Beispiel nannte Bloem Zahlen, die verdeutlichten, wieviel Geld die Landesregierung in das Emsland in Form von Wirtschaftsförderung gesteckt habe. Außerdem sei von Hannover aus viel gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternommen worden, seien Kindergartenplätze geschaffen und Lehrer und Beamte eingestellt worden.

Im letzen Punkt widersprach Roland Seemann. „In der Schulpolitik ist für uns nichts zu holen, bei den Lehrern ist die SPD untendurch.“ Zwar seien in den letzten Jahren Lehrer eingestellt worden, aber nicht so viele, wie zuvor in den Ruhestand getreten seien. Selbst die Gewerkschaft, die der Sozialdemokratie eigentlich nahestehe, sei durch die Schulpolitik der Landesregierung auf Distanz gegangen.

Landtagskandidat Peter Raske betonte, es müsse der SPD gelingen, der Bevölkerung klarzumachen, daß die CDU eine Eliteförderung in der Schulpolitik anstrebe. Durch Abschaffung von Orientierungsstufe und Gesamtschule sowie Aufhebung der Lernmittelfreiheit sei die soziale Gerechtigkeit in Gefahr.

Völlig uneins zeigten sich die Papenburger Genossen in der Diskussion um die Diätenerhöhung der Landtagsabgeordneten. Während unter anderen Anne Schnieders es als unsensibel und völlig unzeitgemäß bezeichnete, daß sich ausgerechnet die Volksvertreter in finanziell schlechten Zeiten mehr Geld zuwiesen, wehrte Kreisgeschäftsführer Ulli Iserlohe die Kritik ab: „Seit 25 Jahren bin ich in der Politik, und noch nie hat es eine Zeit gegeben, in der genau diese Argumentation nicht angeführt worden wäre.“ Wer den Abgeordneten nicht wenigstens zahlen wolle, was auch ein Schuldirektor verdiene, der könne bald keine qualifizierten Leute mehr für die Politik gewinnen oder laufe Gefahr, daß der Landtag bald nur noch mit abhängigen Interessenvertretern besetzt sei.